



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Gegen die agrarischen Übertreibungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Gegen die agrarischen Übertreibungen



egen die agrarischen Übertreibungen haben in jüngster Zeit zwei angesehene Volkswirtschaftslehrer an preussischen Hochschulen, Professor Conrad in Halle und Professor Cohn in Göttingen, ihre Stimme erhoben. Beide sind hinreichend bekannt als streng wissenschaftliche Forscher und maßvolle, konservative Politiker im besten Sinne des Wortes. Wenn auch zur Zeit nicht zu hoffen ist, daß ihr aus ehrlicher, unparteiischer Überzeugung heraus abgegebenes Urteil die überzeugende Wirkung ausübt, die es verdient, weder auf die in der agrarischen Einseitigkeit befangenen Landwirte, noch auf die zur Nachgiebigkeit gegen den agrarischen Ansturm entschlossenen Staatsmänner, so werden sie doch allen gebildeten Männern, die unabhängig von dem Parteigetriebe der Gegenwart die Wahrheit hören wollen über der Gesamtheit wie über der Landwirte Recht und Vorteil, eine willkommene Quelle der Belehrung werden. Angesichts der Kämpfe, die uns bevorstehen, erscheint es wohl am Platze, auf das, was hier die nationalökonomische Wissenschaft der praktischen Wirtschaftspolitik als wertvolle Richtschnur bietet, gerade auch den Leserkreis der Grenzboten recht eindringlich hinzuweisen. Ist doch in dem scharf zugespitzten Widerstreit zwischen Wahn und Wahrheit, wie er sich auf dem wirtschaftspolitischen Kriegsschauplatz kundgibt, auf einen Sieg der Wahrheit nur zu hoffen, wenn alle ihre Freunde, jeder wo er nur immer kann, ihr nachstrebt und für sie eintritt. Kein patriotischer gebildeter Deutscher darf heute diesen Fragen gegenüber gleichgiltig bleiben. Unfre Zeit, unser Geschlecht hat sie zu lösen, die Krisis ist angebrochen, und uns wird die Schuld treffen, wenn sie zum Schaden des Vaterlands ausschlägt.

Professor Conrad schiebt der neusten Darlegung seiner agrarpolitischen Grenzboten III 1898

Grundsätze*) mit Recht den Hinweis darauf voraus, daß der extreme Freihandelsstandpunkt in der Gegenwart von allen Vertretern der Wissenschaft aufgegeben worden sei. Die Erfahrung habe ihn als unhaltbar dargethan. Niemand könne leugnen, daß die Landwirtschaft in allen Kulturstaaten ein bedeutames, wo nicht das bedeutamste Gewerbe sei, dessen Not eine tiefgreifende Wirkung auch auf die gesamte übrige Bevölkerung ausübe. Sie habe deshalb ein Recht auf Staatshilfe, soweit das Gesamtinteresse diese erfordere und ertrage, in der gleichen Weise wie jeder andre Produktionszweig.

Wie weit ein vorwiegendes Interesse der Gesamtheit an dem Gedeihen der Landwirtschaft vorliege, das sei nach den thatsächlichen Verhältnissen, aber unter Beachtung folgender Grundsätze zu beurteilen.

Zunächst sei in Bezug auf den Grundwert die falsche Annahme sehr verbreitet, „daß das Sinken des Preises des Grund und Bodens eine entsprechende Verminderung des Volksvermögens repräsentire, und es deshalb die Aufgabe des Staats sei, den Grundwert auch mit erheblichen Opfern auf der bisherigen Höhe zu erhalten.“ Das Steigen der Preise der Bauplätze der Städte schließe durchaus nicht eine entsprechende Erhöhung des Wohlstands der ganzen Stadtbewölkerung ein, sondern nur einen privatwirtschaftlichen Gewinn der augenblicklichen Besitzer, denn die übrigen Bewohner der Stadt hätten entsprechend höhere Ausgaben für ihr Wohnungsbedürfnis zu machen. Der Arbeiter, der Handwerker, der Industrielle, der Beamte habe höhere Mieten zu zahlen, höhere Löhne zu bewilligen, sich höhere Aufschläge auf den Preis der Waren gefallen zu lassen. So sei auch für die Gesamtheit an und für sich ein hoher Wert des ländlichen Bodens, eine hohe Pacht, die den Wohlstand des Grundbesitzers ausmache, noch kein Vorteil. Er werde es natürlich sein, wenn die Ertragsfähigkeit des Bodens steige, nicht aber ohne weiteres bei jedem Konjunkturgewinn. Wo der Grundbesitzer nicht selbst wirtschaftete, trete das klar zu Tage. Dem strebsamen, aber wenig bemittelten Landwirt werde es wesentlich erschwert, ein Gut oder Grundstück zur Bewirtschaftung zu erhalten. Je mehr er für diese Überlassung abgeben müsse, um so schwieriger werde seine Lage. Ein Herabgehen des Grundwerts oder der Pacht, bei sonst gleichgebliebenen Verhältnissen, erleichtere ihm die Stellung. Beide würden hauptsächlich beeinflusst durch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Konjunkturen oder Maßregeln, die diese erhöhten, steigerten den Grundwert, förderten oder erhielten den Wohlstand des Grundeigentümers, erschwerten die Lage des künftig wirtschaftenden Landwirts, der sich ankaufen oder pachten wolle, und über dem die Gefahr des Sinkens der künstlich gesteigerten Fruchtpreise schwebte. Darin liege die große Gefahr einer Agrarpolitik, die nur die

*) Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Zweite Auflage. Erste Lieferung (Agrarpolitik). Jena, Gustav Fischer.

Gegenwart im Auge habe und auf Kosten der folgenden Generation handle. Der übrigen Bevölkerung werde außerdem in gleicher Weise der Unterhalt verteuert, wie der Landwirt Gewinn von hohen Preisen habe.

Sodann stellt Conrad die den Kern- und Hauptpunkt der Agrarpolitik der herrschenden Regierungskreise unmittelbar treffende Frage: „Ist die Landwirtschaft in einem besondern Maße als die Grundlage des Staats aufzufassen und unter allen Umständen zu erhalten?“

Mit Recht bemerkt er von vornherein zu der Fragestellung selbst, daß in keinem in Betracht kommenden Lande diese Frage, so schroff aufgestellt, von irgend welcher praktischen Bedeutung sei. Sie pflege nur gestellt zu werden, um irre zu leiten. Es könne sich nur darum handeln, zu untersuchen: „Wie weit ist die Landwirtschaft in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung und dem jetzigen Betriebe, sei es auch mit Opfern, zu erhalten oder auf Kosten der übrigen Bevölkerung auszudehnen?“

Wichtig für die Beantwortung erscheint Conrad vor allem die Bedeutung der ländlichen Bevölkerung für die Gesamtbevölkerung, und dann die Bedeutung der Landwirtschaft für die Volksernährung.

Was das erste anbelangt, erkennt er an, daß „unter den gegenwärtigen Verhältnissen z. B. in Deutschland die kräftigste, gesündeste Mannschaft aus den Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei treibenden Gegenden herstamme“ und die Pflege dieser Gewerbe „zur Regenerirung der städtischen Bevölkerung und Erhaltung der Wehrkraft“ geboten sein werde. Doch werde das vielfach arg überschätzt. Durchaus nicht alle Industriezweige beeinträchtigten die körperliche Entwicklung und Gesundheit, und sicher ließen sich die schädlichen Einflüsse vieler sehr erheblich abschwächen. Sei doch in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten schon außerordentlich viel geschehen. Ebenso sei es nicht wahr, daß die Lebensbedingungen in den Städten unabänderlich degenerirend wirken müßten. Auch in den Großstädten wachse der Geburtenüberschuß fast mit jedem Jahrzehnt: „Intensive Fürsorge der Regierung für die industrielle Bevölkerung ist sicher in Bezug auf die Wehrkraft des Landes noch wirksamer, als irgend eine Agrarpolitik es sein kann. Die militärische Tüchtigkeit hängt ferner nicht allein von der physischen Kraft ab, sondern sie wird in unsrer Zeit in hohem Maße durch die Intelligenz bedingt. Diese ist sicher bei der industriellen Bevölkerung größer und unzweifelhaft sehr viel leichter zu fördern als bei der ländlichen.“

Was die Bedeutung der Landwirtschaft „als Grundlage der Volksernährung“ anlangt, weist Conrad auf die Thatsache hin, daß mit fortschreitender Kultur diese Bedeutung mehr und mehr zurücktrete. „Je mehr Wohlstand und Bildung in der Bevölkerung steigen, meint er, je größer der Prozentsatz der Einwohner ist, der sich höhere Bedürfnisse angeeignet hat und in der Lage ist, sie zu befriedigen, ein um so geringerer Teil des Nationalvermögens wird

für Nahrung und besonders für die unsrer Landwirtschaft entsprossene Nahrung ausgegeben. In dem Haushaltungsbudget von drei ärmern Familien, die uns vorlagen, nahmen die Nahrungsmittel 53 Prozent aller Ausgaben in Anspruch, bei einer Familie des kleinen Bürgerstandes 40 Prozent, bei einem Fabrikanten 28 Prozent, bei einem höhern Beamten 16 Prozent. Da in den letzten Jahrzehnten Bildung, Kulturbedürfnisse und Zahlungsfähigkeit in Deutschland enorm gewachsen sind, hat in der gleichen Weise die landwirtschaftliche Produktion an Bedeutung eingebüßt."

Die Gefahr im Kriegsfall, wenn das Land nicht selbst die nötige Nahrung zu liefern vermöchte, und die Lieferungen vom Auslande abgeschnitten würden, hält Conrad gerade bei Deutschland für gering. Die Gestaltung seiner Grenzen macht eine völlige Abschließung sehr unwahrscheinlich. Die Kriege der Zukunft würden wahrscheinlich kurz sein. Für den größten Teil des Jahres reiche die eigne Produktion aus, zumal wenn die Vorräte der Industrie, z. B. der Brennereien, Brauereien, Stärkefabriken usw. herangezogen würden, und der große Viehstand mehr als sonst für Nahrungszwecke hergäbe.

Weiter heißt es dann noch in dem Conradschen Artikel: „Die vielfach gehörte Behauptung, Deutschland sei noch so weit ein Agrarstaat, daß die übrigen Gewerbe in ihrem Gedeihen, damit hauptsächlich die Arbeiterklasse von der Zahlungsfähigkeit der Landwirte abhängen, bedarf einer erheblichen Einschränkung. Mit der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung und damit dem Arbeiten für den Export ist ein großer Teil der heimischen Industrie von dem inländischen Bedarf unabhängig geworden, und je kleiner der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung und ihr Einkommen von der Gesamtheit ist, umso geringer ist ihr Einfluß auf das Gedeihen der übrigen Gewerbe. Trotzdem die landwirtschaftliche Krisis noch im vollsten Maße besteht, haben Handel und Industrie in den Jahren 1896 und 1897 einen solchen Aufschwung genommen, wie er nur unmittelbar nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges bisher in Deutschland erlebt wurde.“

„Nach dem Gesagten muß mit aller Entschiedenheit der in Deutschland von agrarischer Seite ebenso energisch wie einseitig vertretene Anspruch auf eine unbedingt bevorzugte Stellung in der Volkswirtschaft und besondere Fürsorge und Hilfe des Staates auf Kosten der übrigen Bevölkerung zurückgewiesen werden. Dagegen hat die Landwirtschaft allerdings das gleiche Anrecht an den Schutz des Staats wie die übrigen Produktionszweige.“

Conrad wird sich wohl selbst darüber klar sein, daß mit diesen Sätzen ein Nationalökonom von seiner Bedeutung den Kampf nur aufgenommen, nicht abgethan hat. Vielfach werden seine thatsächlichen Voraussetzungen von den Agrariern und ihren wissenschaftlichen Hilfskräften einfach bestritten und seine grundsätzlichen Ziele als schlechtthin verderblich bezeichnet. Die von der Berliner Schule offen vertretene oder doch ersichtlich geförderte Lehre von der

Schädlichkeit der Exportindustrie und der Notwendigkeit der Rückkehr zur nationalen Eigenwirtschaft und Selbstgenügsamkeit wird sich durch das, was er bisher gesagt hat, durchaus nicht widerlegt betrachten. Man würde es sich freilich erklären können, wenn sich Leute wie Conrad der Bekämpfung dieser Übertreibungen gern entschlagen möchten, aber sie sollten sich nicht darüber täuschen, daß eben diese Übertreibungen jetzt das große Wort haben, wenigstens in Preußen, und daß sie dem Parteiagrariertume fortgesetzt die wirksamsten Waffen zur Verwirrung der Geister und zur Bethörung der Massen, die den Ausschlag geben, bis in die Reihe der Minister- und Regierungspräsidenten liefern. Wer den von Wagner so warm befürworteten Theorien eines Oldenberg und der von Schmoller selbst auf den Markt gebrachten Statistik eines Balload nicht unmittelbar und rücksichtslos zu Leibe geht, der wird die allgemeine Wirkung im Kampf für die Wahrheit niemals erzielen, die heute im Interesse der nationalen Wirtschaftspolitik unerläßlich nötig ist.

Wenn Conrad am Schlusse seiner Ausführungen ganz gewiß mit Recht sagt: „In Deutschland werden sicher viel leichter Boden, sowie vom Hofe sehr entfernt gelegene Ländereien ohne jeden Reinertrag aus Mangel an richtiger Rechnung bebaut. Die Überlassung derselben an die Forstkultur wäre volkswirtschaftlich vorteilhaft, ebenso wie der Übergang zu extensivem Betriebe in abgelegenen magern Gegenden mit hohen Arbeitslöhnen, auch wenn dadurch die ländliche Bevölkerung eine gewisse Einbuße erlitte. Erst wenn dieser Übergang sehr bedeutende Dimensionen annähme, könnte dadurch der Agrarpolitik des Landes eine besondere Aufgabe erwachsen“ — so verhält das schon gegenüber den Lehren der einseitig chemisch-technischen Richtung und Intensitätsschwärmer vollständig im Winde. Diese Lehre, soviel Unheil sie mit ihrer Einseitigkeit seit drei Jahrzehnten angerichtet hat, soll, so scheint es, gerade jetzt unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, denn mit ihr steht und fällt die Hoffnung der heutigen Grundeigentümer auf einen Nachfolger in der Wirtschaft, der im Wahne, durch Steigerung der Intensität des Betriebs und des Meliorationsaufwands den Ertrag in infinitum steigern zu können, unvernünftige Kauf- und Pachtpreise bewilligt. Mit ihr steht und fällt vor allem aber auch der wichtigste Scheingrund, mit dem die Regierungen dem Volke höhere Getreidezölle zumuten können. Deshalb wird im agrarischen Lager denn auch die bekannte Frage: Kann die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren? mit einer ins Extreme gesteigerten Übertreibung bejaht und aller Anbau-, Ernte- und Betriebsstatistik zum Hohn z. B. ganz neuerdings in dem vom Bunde der Landwirte herausgegebenen „Agrarischen Handbuch“ behauptet, die Grundfläche des Deutschen Reiches sei erst „reichlich zur Hälfte überhaupt bebaut“ und kaum zu einem Viertel in ausgiebiger Betriebsintensität landwirtschaftlich benutzt. So lange aber nicht alles Land bebaut sei und alles bebaute Land in voller technischer Betriebsintensität bewirtschaftet

werde, so lange müsse sich die landwirtschaftliche Bevölkerung vermehren. Finde das nicht statt, so habe der Staat der Landwirtschaft größere Fürsorge zuzuwenden. Mit solchen Anschauungen müssen wir heute als den herrschenden rechnen.

Professor Gustav Cohn in Göttingen*) beschäftigt sich zunächst mit der Oldenbergschen Theorie der Eigenwirtschaft.

Oldenberg vergleicht bekanntlich die Volkswirtschaft mit einem Etagenbau. Das Erdgeschoß ist die Landwirtschaft, sie trägt die Industrie auf ihren Schultern. Solange noch unbebauter Boden verfügbar ist, kann Erdgeschoß und Oberstock gleichmäßig ausgebaut werden bis an die Landesgrenze. Weiter könne dann nur der Oberstock, die Industrie, ausgedehnt werden, indem ihre Angehörigen von ausländischer Nahrung lebten und ihre Fabrikate dafür hingäben. Das industrielle Stockwerk wachse dann wie ein Balkon in die Luft hinaus, künstlich gestützt auf Pfeiler, die auf fremdem Boden stünden. Wenn der Herr des fremden Bodens die Pfeiler nicht mehr dulde, breche der Ausbau zusammen. Wenn wir eine Exportindustrie für 5 Millionen Menschen gründeten, die von dem Getreideüberschuß Amerikas lebten, so seien diese 5 Millionen darauf angewiesen, daß das amerikanische Getreide dauernd überschüssig und für ihre Fabrikate zu haben sei.

Lassen wir die Bildersprache ganz beiseite, so behauptet Oldenberg einfach: ein Volk darf die Befriedigung seiner Bedürfnisse nur innerhalb seiner politischen Grenzen suchen; sonst ist seine Wirtschaftspolitik schlecht. Wie es das machen soll, darüber keine Auskunft zu geben, erklärt er ausdrücklich für das gute Recht des wissenschaftlichen Volkswirts. Ob nun gerade das amerikanische Getreide uns nicht mehr aushelfen will, oder alles Getreide aller kultivierten und noch zu kultivierenden Gebiete der Erde sich versagt, darauf kommt es der Theorie gar nicht an. Man kann sich jedenfalls auch das letzte einmal vorstellen. Sa man kann doch überhaupt einmal den Fall setzen und man hat ihn schon oft gesetzt, daß die ganze Erde so voll von Menschen wäre, daß sie nicht mehr satt zu essen hätten. Auf der andern Seite kann man sich aber auch einmal vorstellen, was werden würde, und was schon lange geworden wäre, wenn z. B. das Königreich Sachsen keine Abnehmer für seine Waren und keine Getreidelieferanten jenseits der sächsischen Grenzpfähle fände. Ist nicht auch eine besondere unabhängige sächsische Wirtschafts- und Handelspolitik in der Studirstube denkbar? Ein württembergischer Statistiker hat kürzlich die Oldenbergsche Lehre, zunächst, wie es fast scheinen könnte, sogar im Ernst für das württembergische „Volk,“ in folgendem Satz einer amtlichen Veröffentlichung zu formulieren den Veruf gefühlt:**) „Jedes Volk, das die

*) Nationalökonomie des Handels- und Verkehrswezens. Dritter Band des Systems der Nationalökonomie. Stuttgart, Ferdinand Enke, 1898.

**) Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. Herausgegeben vom Königlichen Statistischen Landesamt.

Grundlage seiner Urproduktion, d. h. der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaues und der Fischerei schmälert oder gar verlassen will, um durch Bearbeitungstechnik an eingeführten Rohstoffen oder durch Handelsgeschäfte aller Art seinen mehr oder weniger anschwellenden Nachwuchs zu ernähren, muß mit Noturnotwendigkeit zu Grunde gehen, wenn es eines Tages nicht mehr die Macht hat, irgend welche, jene Rohstoffe ihm liefernden Völker zum Austausch gegen die Arbeitsprodukte zu zwingen." Diese Macht habe freilich das württembergische „Volk“ als solches nicht und werde es auch nie bekommen, das Deutsche Reich habe die Sache zu besorgen usw. Aber wie das Deutsche Reich es anfangen soll, für alle Zukunft die Macht zu haben, das gesamte Ausland zum Waren- und Getreideaustausch mit seinen Angehörigen, auch den Württembergern, zu „zwingen," das hat auch er mit keiner Silbe angedeutet.

Und was sagt nun Professor Cohn zu diesen, wahrhaftig nicht neuen, freilich an die „Moderne“ nur zu sehr erinnernden gelehrten Übungen?

Ist es möglich, meint er, im Bereiche der eignen staatlichen Herrschaft den Raum für die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu finden, trotz einer Bevölkerungszunahme wie die deutsche und englische, so ist die Selbstgenügsamkeit und Unabhängigkeit (Autarkie nennt das der Verfasser) und die darauf gebaute Harmonie von Landwirtschaft und Industrie in ihren Anteilen an der Gesamtbevölkerung etwas sehr schönes. Die Vereinigten Staaten und Rußland hätten in diesem Sinne entschieden ein bequemeres Wirtschaften als Deutschland und England. Wo das aber nicht möglich sei, solle dort die Zunahme der Bevölkerung unterbleiben, oder solle dieser Zuwachs auswandern? Hätte die Bevölkerung des Deutschen Reichs, um das Hinausbauen des „obern Stockwerks“ überflüssig zu machen, sich nicht vermehren sollen? Hätte sie bei dreißig bis vierzig Millionen stehen bleiben sollen und für alle Zeiten diese Grenze einhalten, bloß um jene „Autarkie“ als das geforderte Ideal nicht zu verletzen?

Und wolle und könne denn, fragt er weiter, die gepriesene Eigenwirtschaft all und jede Zufuhr vom Auslande, z. B. auch die der Baumwolle, ablehnen? Glaubt man in ihr die „unbedingte Sicherheit“ schaffen zu können, die man durch den internationalen Handel als gefährdet ansieht, ohne zugleich doch allerhand Gefahren als Folge so „überspannter Voraussetzungen“ in den Kauf nehmen zu müssen? Müßte einem dabei nicht von selbst der Gedanke kommen, „es gebe überhaupt in der Einrichtung des staatlichen und geschichtlichen Daseins keine derartigen Bürgschaften und Sicherheiten?“ Freilich verlange die Handelspolitik nach englischem Vorbild Kämpfe, den Kampf um den Weltmarkt, den Kampf um den Welthandel. Aber sei das nicht die fortlaufende Reihe der historischen Entwicklung, an der jedes einzelne Volk von hohen Zielen teil zu nehmen habe, wie an der Weltgeschichte selber?

Alle historische Entwicklung, jeden Fortschritt in der Weltgeschichte wie

in jedem einzelnen Volke könne man von der Rehrseite wie von der Vorderseite betrachten. Die Freunde elegischer Weltansichten wendeten ihr Auge mit Vorliebe der Rehrseite zu, „wie müde Greise im Frühling an das Fallen der Blätter erinnern.“ Sie würden ja Recht behalten, die Blätter würden im Herbst fallen, aber zuvor würde der Sommer kommen und würden die Früchte reifen.

Man weiß nicht, ob das Bibelwort: Seid fruchtbar und mehret euch! mehr ein Fluch oder mehr ein Segen sein sollte. Dennoch lebten die Nationen und vermehrten sich, und wenn sie auf einer gewissen Höhe angelangt seien, versuchten sie es mit den Waffen der fortgeschrittenen Technik, voran zu stehen durch Bevölkerung, Wohlstand, Macht. „Sie überlassen es den Romantikern und Elegikern, darüber zu klagen, daß alles zuletzt ein Ende nehmen muß.“

„Sollen sentimentale Betrachtungen über den Abfall von der »Eigenwirtschaft,« über die Verirrung zur Arbeitsteilung und Geldwirtschaft eine ernsthafte Bedeutung haben, so treffen sie ein viel größeres Stück der heutigen Volkswirtschaft gesitteter Völker und ihrer bisherigen Entwicklung als den »Industriestaat« und das »obere Stockwerk.« Sie verneinen das Ganze bis auf einen geträumten, niemals dagewesenen Rest. Es ist die Blume der Romantik, die nicht im Walde gewachsen ist, sondern hinter den Doppelfenstern einer fünfstöckigen Mietskaserne.“

Soviel über die wissenschaftlichen Propheten der Agrarier. Sie wissen nicht, was sie wollen mit der gepriesenen Eigenwirtschaft und mit den Jeremiaden über Kapitalismus und Industrialismus. Aber was sie überhaupt wollen könnten, das ist in der That der Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung und der heutigen Kultur bis auf einen winzigen Rest, um den es vielleicht nicht lohnen würde, als Deutscher oder überhaupt als gesitteter Europäer weiter zu leben.

Besonders lehrreich ist ferner die treffliche Beleuchtung, die Professor Cohn dem so viel gebrauchten und gemäßbrauchten Notstandsbegriff zu teil werden läßt.

Es sei klar, meint er, daß über die Ausdehnung des Begriffs auf die praktischen Vorfälle der Volkswirtschaft Zweifel entstehen müßten, und daß die nach Hilfe rufenden Interessenten geneigt seien, dem Begriff des „Notstands“ eine möglichst weite Ausdehnung zu geben. Das sei im besondern der Fall mit der heute in den verschiedenen Ländern des alten Europa vorliegenden „agrarischen Krisis.“ Das Wesen des sich in ihr offenbarenden Notstands beruhe auf der zumal die Getreideproduktion treffenden Konkurrenz der neuen Länder, die durch die natürliche Ergiebigkeit des Bodens, Entwicklung der neuen Verkehrsmittel, Anwendung der fortgeschrittenen Produktionsmethoden seit zwei Jahrzehnten zunehmenden Mengen der Brotfrüchte auf den europäischen Markt geworfen und damit den Getreidepreis gewaltig gedrückt,

die Kornproduzenten des alten Europa empfindlich getroffen hätten. Durch die moderne Technik und durch die darauf beruhenden Verkehrsmittel seien einerseits schon große Vorteile und große Wertsteigerungen für den Grundbesitz des alten Europas veranlaßt worden, die jetzt hervortretende weitere Folge aber lasse sich „bei einiger Liberalität der Auffassung als Notstand konstatieren.“

Aber nicht als Notstand kann es angesehen werden, daß der wachsende Kornbedarf als Folge der wachsenden Bevölkerung in den alten Ländern Fortschritte der Kultur, insbesondere der Verkehrsmittel, verursacht habe, die der Tendenz der wachsenden Grundrente und des wachsenden Kornpreises, die oft genug als „grausames Gesetz“ bezeichnet worden sei, entgegen wirkten.

Es könne nicht als Notstand angesehen werden, daß diese Gegenwirkung der Kultur mit so großem Erfolge ausgeübt worden sei.

Es könne erst recht nicht als Notstand angesehen werden, daß die Reichlichkeit der Versorgung mit den elementaren Dingen des Bedarfs eine wesentliche Erleichterung des Lebens für einen immer größern Teil der Bevölkerung der alten Länder herbeigeführt habe. Vielmehr müsse eben hierin nicht nur „ein großer Gewinn für das Ganze“ dieser Völker, sondern auch eine „dauernde Errungenschaft“ gesehen werden, die nicht ein vorübergehender Glücksfall, sondern eine wesentliche Bedingung für das „dauernde Wohlbefinden der Mehrzahl“ sei.

Deshalb könne bei der Abwehr des Notstands nicht beabsichtigt werden, die Konkurrenz der ausländischen Brotfrucht zu beseitigen, sondern nur: den Anprall dieser Konkurrenz als einer dauernden Thatsache des modernen Wirtschaftslebens vorübergehend zu mildern. Wenn die Steigerung der Kornpreise und der Bodenpreise in frühern Jahrzehnten auf Kosten der übrigen Bevölkerung ein Geschenk für die Grundeigentümer gewesen sei, so müsse die entgegengesetzte Wendung — die in den Preisen der Grundstücke nirgends in ähnlichem Umfange zur Geltung gekommen sei, wie ihre vorausgegangne steigende Bewegung — als eine im Interesse der Gesamtheit eingetretne Milderung des sogenannten „Gesetzes der Grundrente“ von den Interessenten getragen werden. Sie hätten dem Staate von den frühern Wertsteigerungen ihres Besitzes, die sich ein halbes Jahrhundert lang vollzogen hätten, nichts herausgegeben.

Im Gegensatz zu dem Wesen der allein gerechtfertigten Notstandshilfe, ihrem ausgesprochen vorübergehenden Charakter, scheint auch nach Professor Cohns Ansicht — wie wir dies schon früher wiederholt gesagt haben — die heute herrschende reaktionäre Handels- und Agrarpolitik „ein Ziel der gegenwärtigen Notstandsmaßregeln aus dem Auge verloren zu haben“ und dahin gelangt zu sein, „daß man, statt sich auf das Ende der zur Zeit gewährten öffentlichen Unterstützung vorzubereiten, vielmehr die Endlosigkeit derselben und nicht nur diese, sondern auch die Verstärkung einer endlosen Unterstützung fordert.“

Es sei heute mit diesem Bericht genug. Mag manches einzelne Wort der Theoretiker, das er wiedergiebt, die Kritik vom Standpunkt des Praktikers herausfordern, die allgemeinen Grundsätze nationalökonomischen Denkens, die wir in ihm finden, können gar nicht eindringlich genug dem deutschen Volke zur Beachtung empfohlen werden. Unsrer Regierungen und Gesetzgeber haben schon viel zu lange gewirtschaftet wie Kinder, die Volkswirtschaft spielen, und die volkswirtschaftlichen Gelehrten haben die Reigen gedichtet und die Märchen erfunden, die sie spielten. Es wird harte, lange, rücksichtslose Arbeit fordern, bis all der agrarische und sozialistische Unrat, der sich dabei angesammelt hat, ausgefegt ist oben und unten. β



Die Theorie des Grafen Gobineau



Es ist merkwürdig, wie oft man sich in alten Büchern wiederfindet, oder eigentlich nicht merkwürdig, da ja das Geistesleben der Späteren der Hauptsache nach aus dem besteht, was sie von Früheren geerbt haben. Den Versuch des Grafen Gobineau über die Ungleichheit der Menschenrassen darf man wohl ein altes Buch nennen, denn er ist 1853 erschienen und dem König Georg V. von Hannover gewidmet. Nachdem der vor sechzehn Jahren verstorbene Verfasser, der Europa, Asien und Amerika als Diplomat kennen gelernt und als Gelehrter durchforscht hatte, durch die Übersetzungen seiner Asiatischen Novellen und seiner Schilderungen der Renaissance in Deutschland vorteilhaft bekannt geworden war, durfte es der Verlag von Fr. Frommann (E. Hauff) in Stuttgart schon wagen, auch von dem Hauptwerke des Grafen eine deutsche Ausgabe zu veranstalten, die Ludwig Schemann besorgt und von der in diesem Jahre der erste Band erschienen ist.

Gobineau glaubt mit seinen Untersuchungen erst den Grund gelegt zu haben zu einer zukünftigen wissenschaftlichen Behandlung der Geschichte. Er sucht zu beweisen, daß die Menschenrassen unveränderlich, daß einige von ihnen kulturfähig sind, die andern, sich selbst überlassen, ewig unfähig bleiben, Kultur zu erzeugen, daß alle wichtigen historischen Veränderungen Wirkungen der Rassenmischung sind, und daß die Menschheit hoffnungslos degenerirt, weil sich die edeln Rassen durch fortwährende Mischung allmählich verlieren. Man sieht, daß Gobineau Material geliefert hat für gewisse anthropologische Theorien, die wir vor kurzem in den Grenzboten kritisiert haben, aber von diesen Theorien ist seine eigne weit entfernt. Er glaubt, daß Darwin und Buckle seine Grund-